Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pf.

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme". Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 17259 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13553, Emil Schlegel / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Schriftleitung: Wochentags nachm. 3—5 Uhr (außer Sonnabends)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Dresden, Dienstag den 9. März 1926 — Nummer 57

Millionengeschenk an die Besitzenden

Die Ausplünderung der Werktätigen!

„Notgemeinschaft" gegen die Arbeiterklasse

Im Reichstag stand am Montag bei der Beratung des Haushalts des Reichsfinanzministeriums die Steuerpolitik der Luther-Reinhold-Regierung nochmals eingehend zur Debatte. Noch viel auffälliger als bei der allgemeinen Etatdebatte kam die Unterstützung, welche die Sozialdemokratie dem Finanzprogramm des Großkapitals angedeihen läßt, zum Ausdruck. Der SPD.-Redner Keil konnte zwar nicht umhin, das Lohnsteuerunrecht festzustellen, er erklärte auch, daß seine Partei zu einer weiteren Herabsetzung der Vermögenssteuer die Hand nicht bieten werde. Trotzdem klang seine Rede dahin aus, daß man der Regierung „die erforderliche Bewährungsfrist" geben müsse.

Diese Haltung änderte die SPD. auch nicht, als Reinhold mit der ihm eigenen Offenheit nochmals feststellte, daß sein Finanzprogramm — **Steuerermäßigung für die Besitzenden** — untrennbar zusammenhänge mit den — gegen die Arbeitslosen — geplanten Sparmaßnahmen. Von Interesse war sein Eingeständnis, daß von der Senkung der Umsatzsteuer eine effektuelle Auswirkung nicht sofort zu erwarten sei. Dasselbe prophezeite ein Vertreter der Schwerindustrie der Deutschnationale Oberfohren, der außerdem noch größeren Abbau der direkten Steuern, sowie weitgehende Abbaumaßnahmen innerhalb der Finanzverwaltung verlangte. Von seiten des Zentrums und der Deutschen Volkspartei wurde das Programm Reinholds grundsätzlich restlos unterstützt.

Reinholds Steuerprogramm

Genosse Neubauer begann mit der Feststellung, daß seine bekannte Behauptung, daß Reinhold als Finanzminister nur die Wünsche Luthers und der hinter diesem stehenden Kreise erfüllen hat, von Luther selbst bestätigt worden ist; im Haushaltsausschuß hat Luther ausdrücklich betont, daß die Reinholdsche Politik keineswegs die Abkehr von der Aera Schlieben, sondern eine kontinuierliche Fortsetzung bedeute. Entgegen allen demokratischen und sozialdemokratischen gegenteiligen Behauptungen sei also fest, daß Luther auf die Finanzpolitik, den ausschlaggebenden Kernpunkt seines Kabinetts, maßgebenden Einfluß hat.

Wie sich dieser Einfluß geltend macht, hat Reinhold der sozialdemokrat Liebmann in einem Artikel der „Dresdner Volkszeitung" nachgewiesen. Darin sagt er, daß es Reinholds nächstens Sorge sei, mit allgemeinen Reden die Erleichterung der Staatslasten für die Besitzenden durchzuführen.

Das Gezeter über die „Not der Wirtschaft" ist das alte Lied, durch das die Beauftragten des Finanzkapitals es verstehen, den Massen neue Lasten aufzubürden. Im Haushaltsausschuß des Reichstags proklamierte Luther die „Notgemeinschaft" des Reichstags mit der Reichsregierung, die einzig und allein dazu diente, um die beschlossene Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung rückgängig zu machen. Diese allgemeine Phrase ist von den Bürgerlichen sofort aufgegriffen worden.

Nur einem Gesichtspunkt gilt für das Großkapital beim Gebrauch des Schlagworts „Ankurbelung der Wirtschaft": Neue Profite aus den Massen zu pressen! Im „Berliner Tageblatt" vom 3. 3. hat der Staatssekretär a. D. Hirsch in einem Artikel „Hilfe den Arbeitslosen" den Schrei nach Neuakkumulation des Kapitals ausgestoßen und darauf hingewiesen, daß die Akkumulation im letzten Jahre nur 4—5 Milliarden Mark gegenüber 10—12 Milliarden vor dem Kriege betragen habe. Seine Forderung, daß die Vorkriegszahl wieder erreicht werden müsse, bedeutet Verdreifachung der Ausbeutung, da eine Akkumulation nicht durch Erweiterung des Weltmarktes, sondern nur durch brutalste Auspowerung möglich ist, und illustriert am besten die Auswirkung des von der Regierung vertretenen Unternehmerprogramms.

Die zugestandene Akkumulation von 4—5 Milliarden in einem Jahr des größten Elends der breiten Massen hat die Kapitalistenklasse nicht aus eigener Kraft durchführen können, sie war nur möglich durch die ungeheuerliche Politik der Pekuniegierung der Besitzenden durch die Regierung. Ein Parteifreund des Finanzministers, der Oberbürgermeister Boeß von Berlin, hat der Regierung selbst bestätigt, daß sie im vergangenen Jahre durch ihre Kredite an die Großindustrie, die nach seinen bescheidenen Berechnungen über 2 Milliarden ausmachten, als „Bankier der Wirtschaft" gehandelt hat. Und diese Bankiers-politik setzt Reinhold im Sinne seiner sächsischen Praxis — Ausschüttung der Erträge der Massensteuern an die Besitzenden — mit seinem neuen Finanzprogramm verstärkt fort.

Millionen-Mehraufkommen bei den Massensteuern — Steuerdrückebergerei bei den Besitzsteuern

Als einzige Massensteuer hat Reinhold die Umsatzsteuer herabgesetzt. Die Kommunisten haben diese Steuer von allem Anfang bekämpft, weil sie lawinenartig anschwillt und den Aermsten der Armen das Brot vom Tisch wegsteuert. Bereits im Sommer haben die Kommunisten ihre völlige Aufhebung beantragt. Die Regierung hebt die Umsatzsteuer nach und nach auf, so daß der Konsum nicht im geringsten erleichtert wird. Die konzernierte Industrie und die Kartelle können ja noch immer die Preise diktieren, die Umsatzsteuer wirkt also tatsächlich nur

Alle anderen Maßnahmen sind Ermäßigungen von Besitzsteuern, die offen der Erhöhung der Profite dienen. Es ist geradezu ungeheuerlich, wie aus den Ueberschüssen im Aufkommen der Massensteuern die Besitzsteuerermäßigungen gedeckt werden. Das kommt zum Ausdruck, wenn man die Zahlen vergleicht, die der erste Etatvoranschlag, der im März vorigen Jahres aufgestellt wurde, und der dritte berichtigte Voranschlag, der im Dezember aufgestellt wurde, und sie noch dazu dem tatsächlichen Steueraufkommen bis 31. Januar 1926, sowie dem voraussichtlichen Aufkommen bis Ende dieses Steuerjahres gegenüberstellt.

Für das Aufkommen an Lohnsteuern waren im ursprünglichen Voranschlag 800 Millionen vorgesehen; diese Zahl wurde im dritten, berichtigten Voranschlag auf 1200 Millionen erhöht, tatsächlich sind bis 31. Januar 1207 Millionen eingekommen, so daß das Ergebnis am Ende des Steuerjahres 1400 Millionen betragen wird.

Für die Umsatzsteuern waren im ersten Voranschlag 1260 Millionen vorgesehen, bis zum 31. Januar 1926 sind 1294 Millionen eingekommen, so daß für Ende des Steuerjahres 1540 Millionen zu erwarten sind.

Das Aufkommen aus Zöllen war zuerst mit 160 Millionen veranschlagt, im Dezemberanschlag wurden für das ganze Jahr 500 Millionen eingesetzt, die jedoch schon bis 31. Januar eingekommen sind, so daß das Endresultat des Zollertrages 650 Millionen sein wird.

Die Tabaksteuer sollte ursprünglich 360 Millionen ergeben. Im Dezember wurde dieser Betrag auf 380 Millionen erhöht, bis 31. Januar 1926 sind 520 Millionen erreicht worden, so daß der Endbetrag 620 Millionen ausmachen dürfte.

Ein ganz anderes Bild geben aber die Besitzsteuern!

War die Vermögenssteuer im ersten Voranschlag noch mit 376 Millionen eingesetzt, so wurde dieser Betrag im dritten Voranschlag auf 350 Millionen ermäßigt, ergeben hat sie bis 31. Januar 1926 181 Millionen und wird bis Ende des Steuerjahres kaum mehr als 200 Millionen bringen.

Die Kapitalverkehrssteuer wurde zuerst mit 106 Millionen, später mit 108 Millionen festgesetzt, ergeben hat sie bis 31. Januar nur 87 Millionen.

Die Grunderwerbssteuer sollte zuerst 150 Millionen betragen, im Dezember-Voranschlag ermäßigte man sie auf 80 Millionen, gebracht hat sie 27 Millionen.

Die Erbschaftssteuer war mit 30 Millionen eingesetzt, bisher hat sie 21 Millionen gebracht und wird wohl nicht mehr als 26 Millionen ergeben, während sie in England 1300 Millionen, 45 mal so viel, einbringt.

Angesichts dieser Zahlen wagt es die Regierung noch, für weitere Ermäßigung der Lohnsteuer einzutreten. Sie gebraucht dabei ein zweischneidiges Schwert: die kleinen Handwerker und Händler bleiben auf ihren Waren sitzen, weil die Konsumkraft so gering ist. Unter ihnen gibt es prozentual die meisten Konkurse und so kommt es, daß die „demokratischen" Vertreter dieser Kleinbürger selbst Zehntausende ihrer Anhänger durch ihre Finanzpolitik ruinieren.

Diesem Finanzprogramm muß deshalb schärfster Kampf angesagt werden. Trotzdem hat die Sozialdemokratie, entgegen ihren eigenen Erfahrungen in Sachsen, gegenüber Reinhold die sanfteste Kritik geübt und gänzlich darauf verzichtet, die Forderungen, die einst die alte Sozialdemokratie immer und immer wieder aufgestellt hat, zu erheben. Selbst die Denkschrift des ADGB. hat sie vergessen, sie fordert nur Abbau, nicht Beseitigung der Umsatzsteuer, hat kein Wort gegen den Lohnsteuerskandal, enthält nichts von den Forderungen der alten Sozialdemokratie auf Abschaffung der Verbrauchssteuer.

Die Kommunisten allein haben diese grundsätzlichen seit jeher zum Programm erhobenen Forderungen der Arbeiterschaft aufgestellt. Sie beharren darauf trotz des Gezeters der Sozialdemokratie, die ängstlich fragt, was aus dem Etat werden solle, wenn das jetzige Steuersystem geändert würde. Mit der kommunistischen Forderung auf Streichung der Ausgaben für den ungeheuer kostspieligen Macht- und Verwaltungsapparat gegen das Proletariat, nach entsprechender Erhöhung der Besitzsteuern ist der Weg gezeigt, der eingeschlagen werden kann. Wenn das arbeiterfeindliche Programm der Luther-Reinhold-Regierung, dessen Schädlichkeit für das Proletariat auch von der Sozialdemokratie anerkannt wird, so ist das nur deswegen möglich, weil die Sozialdemokratie diese Regierung unterstützt und ihre Existenz ermöglicht hat. Wir fordern das deutsche Proletariat auf, die zu erkennen und mit allen Mitteln den Kampf gegen den neuen ungeheuerlichen Steuerraub aufzunehmen, um der Ausplünderung das Ende zu bereiten!

Kommunistischer Mißtrauensantrag gegen den Reichsfinanzminister

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat gegen den Finanzminister Reinhold, der den Besitzenden 700 Millionen Mark Steuern erlassen will, die Belastung der Arbeitenden aber erhöht, einen Mißtrauensantrag eingebracht.

Millionen für Fürsten und Unternehmer

Lasten für die Arbeiter

Gestern hat im Reichstage die Debatte über das Steuerprogramm der Luther-Regierung stattgefunden. Der Finanzminister Reinhold, der schon in Sachsen seine Praxis damit begann, die Steuern der Besitzenden zu erlassen oder herabzusetzen, hat im Reich dieselbe Praxis durchgeführt. Mehr denn 700 Millionen sollen den Kapitalisten erlassen werden. Nach der Praxis, wie sie der Minister Reinhold durchführt, sind die Steuerherabsetzungen glatte Geschenke an die Unternehmer. Den breiten Massen erwächst daraus nicht der geringste Vorteil. Nicht um einen Pfennig werden die Preise der Waren gesenkt werden, aber auch eine Hebung und Belebung der Industrie und damit die so oft angekündigte Arbeit für die Erwerbslosen wird nicht eintreten. Noch wie vor erklären die Unternehmer, daß es ihnen an barem Gelde fehle, daß sie im Auslande nichts absetzen können. Der Konkurrenz des kapitalkräftigeren Amerika werden die deutschen Kapitalisten nie, der des Frankreichs der Inflation auch auf lange Zeit nicht gewachsen sein. Dahin geht ja auch nicht nur das Streben der Kapitalisten. Vorläufig streben sie nach dem internationalen Konzern. Dieser, der Konzern des englischen, französischen und deutschen Kapitals, wird aber die Lage der Arbeiter nicht heben, sondern wird erstehen auf Kosten der Arbeiter durch eine ausgedehnte Erwerbslosigkeit in Europa. Die Maßnahme der Luther-Regierung ist deswegen schon eine den breiten Massen feindliche Handlung, weil sie den Großindustriellen mühelos neue Millionengewinne in den Rachen wirft, sie in der Lage läßt, ihre Preise hoch- und für die breiten Massen unerschwinglich zu halten. Deswegen werden also die Betriebe nicht mehr, sondern weniger laufen wie bisher. Die Belastung der breiten Massen aber wird gesteigert.

Keine einzige der Steuern, die von den Massen getragen werden, wird ermäßigt. Wieder sind die Einnahmen weit über den Voranschlag gestiegen, jedoch eine Herabsetzung der Steuern auf die Lebens- und Genußmittel der breiten Massen erfolgt nicht. Unsere Leser mögen die nebenstehende Aufstellung genau beachten und die breiten Massen der Werktätigen auf diese aufmerksam machen.

Vor einigen Tagen stand im Reichstag eine andere Frage zur Tagesordnung, jenes Gesetz über die Einführung der Friedensmiete. Da kannte die Luther-Regierung keine Notlage der breiten Massen, da wurde die Festsetzung der 100prozentigen Miete zum 1. Juli 1926 beschlossen.

Wenn es gilt, die Massen zu belasten, versteht die Reaktion nichts von Not. In Sachsen wird man heute das Gegenstück von der gestrigen Reichstagstagung erleben. Während in Berlin den Besitzenden Millionen in den Rachen geworfen wurden, soll der Sächsische Landtag heute den Werktätigen Millionen aus den Taschen ziehen. Zur Beratung im Sächsischen Landtag steht heute unter anderem die Mietzinssteuer. Die Regierung verlangt hier eine Erhöhung derselben auf das Doppelte des bisher erhobenen Satzes. Wurden bis dato 20 Prozent der Friedensmiete erhoben, so sollen jetzt 40 Prozent erhoben werden. Insgesamt sollen durch diese Steuer den Massen in Sachsen 180 Millionen Mark aus den Taschen genommen werden. 47 Prozent davon soll der Verwaltungsapparat der Land- und Stadtgemeinden schlucken, ganze 3 Prozent sollen zur Fürsorge Verwendung finden, der Rest zum Wohnungbau benutzt werden.

Während man den Kapitalisten hunderte Millionen schenkt, werden die Arbeitenden in Sachsen um mindestens 160 Millionen Mark belastet. Denn 160 von 180 Millionen, das dürfte mäßig geschätzt, der Betrag sein, der auf die werktätigen Massen fällt. Um die Sache etwas schmackhafter zu machen, erklärt man, daß man gedenke, für die Hälfte Wohnungen zu bauen. Einmal ist diese Belastung ja nicht die einzige, eine neue Grund- und Gewerbesteuer ist vorgelegt, die ebenfalls eine starke Belastung bringt. Zum mindesten die Grundsteuer ist absolut nicht ermäßigt gegenüber der jetzt bestehenden. Dann aber ist noch eine andere Frage aufzuwerfen. Wohnungen sind zu wenig vorhanden, darüber besteht Klarheit, aber mußte die benötigte Summe unbedingt aus der Tasche der Arbeiter genommen werden?

Wir haben schon einmal darauf hingewiesen, daß wenn die 700 Millionen, die Reinhold den Besitzenden schenkt, zum Wohnungsbau Verwendung gefunden hätten, dann wäre es leicht möglich gewesen, Wohnungen ohne die Belastung der Mieter zu bauen.

Was alle Werktätigen aus diesen Vorgängen im Reichstag und Landtag ersehen müssen, das ist das Maß, mit dem sie gemessen werden. Damit die Kapitalisten die Riesengewinne in die Taschen stecken konnten, gibt die Luther-Regierung Millionengeschenke, den ausgebeuteten